

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	VIII
§ 1 EINLEITUNG	1
I. Konzerne als Instrument der Verbundwirtschaft	1
II. Beschränkung der Untersuchung auf beherrschungsvertragliche Unterordnungskonzerne, bei denen die abhängige Gesellschaft eine Aktiengesellschaft ist	4
III. Gang der Untersuchung	7
§ 2 BEGRÜNDUNG DER LEITUNGSMACHT	10
A. Der Beherrschungsvertrag als Rechtsgrundlage	10
I. Begriff und Funktion	11
II. Rechtsnatur des Beherrschungsvertrags	16
III. Abschluß des Vertrages	21
1. Abschlußvoraussetzungen	21
2. Vertragsfreiheit	24
B. Statusänderung der abhängigen Gesellschaft	31
I. Änderung der Struktur der Gesellschaft aus wirtschaftlicher Sicht	32

II.	Strukturänderung aus rechtlicher Sicht	35
1.	Herrschendes Unternehmen und Vorstand der abhängigen Gesellschaft	40
2.	Herrschendes Unternehmen und Aufsichtsrat	41
3.	Herrschendes Unternehmen und Hauptversammlung	44
C.	Zur Unterscheidung zwischen Zweck der Gesellschaft und Gegenstand des Unternehmens	45
I.	Zweckänderung der abhängigen Gesellschaft	46
II.	Gegenstandsänderung	49
§ 3 DAS WEISUNGSRECHT		52
A.	Das Weisungrecht als unerlässliches Beherrschungsmittel	52
B.	Inhalt des Weisungsrechts	53
C.	Rechtsnatur des Weisungsrechts	55
D.	Tatbestand der Weisung	57
I.	Begriffsbestimmung der Weisung	57
II.	Widerlegbare Vermutung	63
III.	Form der Weisung	65
E.	Umfang des Weisungsrechts	66
F.	Problem der Weisungspflicht	73

G.	Verhalten des Vorstands der abhängigen Aktiengesellschaft im weisungsfreien Raum	76
H.	Die Beteiligten der Weisungserteilung	80
I.	Das herrschende Unternehmen als Weisungsberechtigter	80
	1. Zuständigkeit der gesetzlichen Vertreter	80
	2. Delegation des Weisungsrechts	81
II.	Die abhängige Gesellschaft als Weisungsempfänger	83
	1. Der Vorstand als Weisungsempfänger	83
	2. Der Aufsichtsrat als Weisungsempfänger	84
	3. Delegation der Empfangsbefugnis	85
§ 4 SCHRANKEN DES WEISUNGSRECHTES		87
A.	Einführung	87
B.	Schränken aus dem Beherrschungsvertrag	88
C.	Gesetzwidrige Weisung	91
I.	Verstoß gegen allgemeine Vorschriften	91
II.	Verstoß gegen aktienrechtliche Vorschriften	93
	1. Allgemeine aktienrechtliche Grenzen	93
	2. Aktienrechtliche Grenzen aus dem Recht der verbundenen Unternehmen	94
III.	Konzerndienlichkeit	98
D.	Die Satzung als Weisungsrechtsgrenze	103
I.	Die Satzung als bindende Schranke	103

II.	Nach der Satzung mögliche Weisungsbeschränkungen	104
1.	1. Hauptbeschränkung: Der Gegenstand des Unternehmens der abhängigen Aktiengesellschaft	104
	a) Völlige Produktionsumstellung	105
	b) Errichtung gegenstandsfreier Betriebe	106
	c) Einstellung und Stilllegung des Geschäftsbetriebes	107
	d) Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen mit anderem Gegenstand	107
2.	2. Weisung gegen statutarische Normen	107
3.	3. Weisung gegen Satzungsbestimmungen individualrechtlicher Natur	108
E.	Bestandsschutz der beherrschten Gesellschaft	109

§ 5 ERTEILUNG, DURCHFÜHRUNG UND DURCHSETZUNG DER WEISUNG

§ 5 ERTEILUNG, DURCHFÜHRUNG UND DURCHSETZUNG DER WEISUNG	113	
A.	Bedeutung der Weisungserteilung für die Förderung des Konzerninteresses	113
I.	I. Konsultationspflicht	116
II.	II. Pflicht des Vorstands der abhängigen Gesellschaft zur Einholung einer Weisung	117
B.	Pflicht zur Prüfung und Befolgung der Weisung	120
I.	I. Durchführung der Prüfung	122
II.	II. Abgrenzungskriterien	124
	1. Nachteiligkeit	126
	2. Konzerninteresse	130
	3. Offensichtlichkeit	135
III.	III. Für die abhängige Gesellschaft vorteilhafte Weisungen	140

C.	Weigerungsrecht und Weigerungspflicht	142
D.	Durchsetzung des Weisungsvollzugs	145
E.	Umgehungsprobleme	148
I.	Stimmrechtsausübung des herrschenden Unternehmens	149
II.	Arbeitsrechtliche Weisungen im divisionalisierten Konzern	152
 § 6 HAFTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER DES HERRSCHENDEN UNTERNEHMENS		155
A.	Verantwortlichkeit als Ausgleich zur Leitungsmacht	155
I.	Gesetzliche Vertreter	157
II.	Teilnahme an Organbeschlüssen der beherrschten AG	159
	1. Doppelte Organmitgliedschaft	160
	2. Teilnahme an Hauptversammlungsbeschlüssen der abhängigen AG	161
III.	Rechtsnatur der Haftung	163
IV.	Haftungsvoraussetzungen	164
	1. Bestehen eines Beherrschungsvertrages	164
	2. Sorgfaltswidrige Weisung	165
	3. Vermögensschaden	167
	4. Sorgfaltspflichtverletzung	168
	5. Kausalzusammenhang	169
V.	Haftung der Aufsichtsratsmitglieder	170

B.	Geltendmachung der Ersatzansprüche	171
I.	Durch die abhängige Gesellschaft	171
II.	Durch die Aktionäre	173
III.	Durch die Gläubiger	177
IV.	Durch den Konkursverwalter	181
C.	Erlöschen oder Schmälerung des Ersatzanspruches	182
I.	Verzicht und Vergleich	182
	1. Zustandekommen	182
	2. Rechtsfolgen	185
	a) Wirkung gegenüber den Aktionären	185
	b) Wirkung gegenüber den Gläubigern	186
II.	Verjährung des Ersatzanspruches	187
D.	Verantwortlichkeit des herrschenden Unternehmens als solchen	188
I.	Rechtsgrundlage der Haftung	189
II.	Berechtigung zur Geltendmachung des Anspruchs	193
§ 7 VERANTWORTLICHKEIT DER VERWALTUNGSMITGLIEDER DER ABHÄNGIGEN GESELLSCHAFT		195
A.	Haftende Personen	195
B.	Systematische Bedeutung des § 310 AktG	195
C.	Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder	198

I.	Haftungsvoraussetzungen und Beweislastverteilung	198
1.	1. Konzernvertragliche Grundlage	199
2.	2. Unzulässige Weisung	199
3.	3. Vermögensschaden	202
4.	4. Sorgfaltspflichtverletzung	203
5.	5. Kausalzusammenhang	205
II.	Keine Entlastung durch Billigung der anderen Organe	206
1.	1. Zustimmung des Aufsichtsrats	206
2.	2. Beschuß der Hauptversammlung	208
D.	Haftung der Aufsichtsratsmitglieder	209
E.	Gesamtschuldnerische Haftung	213
F.	Das Verhältnis von § 310 AktG zu § 93 AktG	214
G.	Geltendmachung, Vergleich, Verzicht und Verjährung	217
§ 8 ZUSAMMENFASSUNG		218
LITERATURVERZEICHNIS		220